Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 235 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Montag, den 6. Oktober 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die 5. Völkerbundsversammlung in Genf hat ihre diesmalige Tagung beendet.

* Bei der Unterredung des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Vertretern über die Regierungserweiterung gaben die Sozialdemokraten die Erklärung ab, sie seien geneigt, den Plan zu einer Regierung der Volksgemeinschaft zu unterstützen, falls gewisse Vorbedingungen durch die Deutschnationalen erfüllt würden.

* Der französische Ministerrat beschloß, die Antwort auf die deutsche Denkschrift über den Völkerbund gemeinsam mit den übrigen Alliierten zu geben.

* In Paris begannen die deutsch-französischen Handelsvertragsbesprechungen mit entgegenkommenden beiderseitigen Erklärungen.

Kehraus in Genf.

Als Erlösertat war sie angekündigt worden, diese Tagung des Völkerbundes, damals, als sich die beiden völkerbundbegeisterten Ministerpräsidenten von England und Frankreich in Chequers die Hände drückten, als das Sachverständigengutachten die Grundlage geschaffen zu haben schien für eine Vereinigung des Verhältnisses zwischen Deutschland und der Entente und diese Grundlage dann auf der Londoner Konferenz fest zusammengemauert werden sollte. Damals wurde angekündigt, daß Macdonald und Herriot, sprechen würden vor diesem Areopag der Völker in Genf, sie, die Führer der beiden größten Mächte des Kontinents, des armen zerquälten Europa. Und daß sie den Weltfrieden künden, die Wege weisen würden, wie das „Nie wieder Krieg!" eine Wirklichkeit werden sollte, wie man Stück um Stück der furchtbar schweren militärischen Rüstung ablegen würde. Und wie das „Seid umschlungen, Millionen!" gekrönt werden würde durch den Eintritt der drei letzten großen Mächte, die noch draußen stehen: Amerika, Deutschland, Rußland.

Das alles war zu schön, als daß man auf die Erfüllung zu hoffen wagte.

Nun ist sie zu Ende, diese Tagung, die so vielen vieles bringen sollte; das Schlußprotokoll ist unterschrieben und das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren den Regierungen zur Unterzeichnung empfohlen. Der Völkerbundrat soll eine Abrüstungskonferenz einberufen und die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage soll „von den Regierungen weiter erwogen" werden; und für die Abrüstungskonferenz wird gleich ein Programm in Vorschlag gebracht, auf dem auch der uns besonders interessierende Punkt steht: Schaffung von entmilitarisierten Zonen. Und „Aufsicht über den Rüstungsumfang der einzelnen Staaten".

Will man der Völkerbundtagung eine Note ausstellen, so kann man sagen: sie hat „nützliche Arbeit geleistet". Nützlich insofern, als sie Klarheit geschaffen hat über die Grenzen jener Idee, die „theoretisch" dem Völkerbund zugrunde liegt. Klarheit aber vor allem über die Grenzen, die für Deutschland gezogen sind angesichts der Art, wie die Idee verwirklicht wurde und sich auswirkte. Nach der negativen Seite hin: obwohl man über einen Monat zusammen war, ist gegenüber den himmelschreienden Zuständen im Saargebiet nichts geschehen, als daß man für das verstorbene spanische Mitglied der Saarregierung einen — Tschechen hineinsetzte, der sicherlich nun gar nichts gegen das französische Regime einzuwenden haben wird. Und die Beschwerden der deutschen Minderheiten in Polen — auch dafür hatte man keine Zeit.

Es ist ganz zweifellos, daß Macdonald, der begeisterte Prophet des Völkerbundes, den Eintritt Deutschlands wünscht. Aber in seiner über die realen, nackten, grausamen Tatsachen leicht hinübervoltigierenden Art, bei seinem Flug durch die Wolken sah er nicht, daß „hart im Raume sich die Sachen stoßen". Wie hart, das zeigte die Rede Herriots und die Worte derer, die dann sprachen. Zeigten vor allem die Beschlüsse über die Militärkontrolle, zeigte der Protest gegen die Ausführungen des ungarischen Delegierten Apponyi, dessen Klage über das „zweierlei Recht" im Völkerbund auf eisige Ablehnung stieß.

Zweierlei Recht — das aber war das Charakteristische des Völkerbundes, wie er bisher war, wie er sich auch auf seiner fünften Tagung zeigte und wie er vielleicht auch bleiben will. Opfern will niemand der „Idee" des Völkerbundes, will keines seiner wirklichen oder angemaßten Rechte aufgeben, vor allem nichts von jenem, was die eisengepanzerte Faust des Versailler Friedens diktierte. Und das ist die Tatsache, die wie ein Felsblock auf dem Wege zu jener Idee liegt. Um den wir Deutsche nicht herumkommen, der uns den Weg versperrt, jener Weg, über dessen Anfang die Gleichberechtigung der Völker nicht als buntleuchtendes Transparent steht, sondern ein Weg, auf dem diese Gleichberechtigung Wirklichkeit ist. Noch aber liegt jener Felsblock breit und finster drohend da und die fünfte Tagung des Völkerbundes hat nicht einen einzigen, noch so kleinen Splitter abgeschlagen. Im Gegenteil: der Beschluß über die Militärkontrolle gegenüber den Besiegten hat ihn neu gefestigt.

Damit ist unsere Stellung gegenüber den Dingen gegeben, die in Genf geschehen sind: Abwarten. Denn wir haben ja in der Welt nur Pflichten, keine Rechte. Will man uns noch mehr Pflichten auferlegen, so wollen wir fragen, ob man uns auch Rechte geben will. Vor allem das Recht der Gleichberechtigung, der ideellen wie der materiellen: um der schönen Augen der Völkerbundsidee willen dürfen wir uns nicht noch zu mehr verpflichten, als wir es schon taten.

Um die Regierungserweiterung.

Erklärung der Sozialdemokratie.

Berlin, 3. Oktober.

Über die heutigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei wird halbamtlich mitgeteilt:

In der Aussprache, die heute vormittag zwischen den sozialdemokratischen Fraktionsführern und dem Reichskanzler über eine Regierungsumbildung stattfand, wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei sich bei der Entscheidung über die Frage der Erweiterung der Reichsregierung nicht von parteitaktischen Erwägungen bestimmen lasse. Ohne der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen, wurde betont, daß eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung im Sinne des Reichskanzlers für die Sozialdemokratie nicht in Frage komme, daß aber vor abschließender Stellungnahme völlige Klarheit geschaffen sein muß über die Haltung der Deutschnationalen Partei zum Schutz der republikanischen Reichsverfassung, zur Durchführung des Washingtoner Abkommens und zu den entscheidenden Fragen der deutschen Außenpolitik.

Als Unterhändler der Sozialdemokratie waren erschienen die Abgeordneten Müller-Franken, Wels und Dr. Hilferding. Die Besprechung mit den Vertretern der deutschnationalen Reichstagsfraktion begann im Laufe des Nachmittags, es ist aber fraglich, ob sie noch im Laufe des Tages zu einem Resultat gelangt. Ein Kabinettsrat ist jedenfalls für heute abend vorgesehen. Die Vertreter der Regierungsparteien haben in ihrer Besprechung mit dem Kanzler darauf hingewiesen, daß sie der endgültigen Stellungnahme ihrer Fraktionen, die im Laufe der nächsten Woche zusammentreten werden, nicht vorgreifen könnten. Infolgedessen müßten sie sich darauf beschränken, das Programm des Kanzlers anzuhören und ihm ihre Zustimmung zu geben, daß er seine Bemühungen gleichzeitig nach rechts und links erstreckt.

Die jetzige Regierungskrise ist die vierzehnte deutsche Regierungskrise seit dem Jahre 1919. Da die eine der in Betracht kommenden Parteien, die Sozialdemokratie, ihre Meinung kundgegeben hat, wird es auf die Stellungnahme der Deutschnationalen im wesentlichen ankommen, nach welcher Richtung sich die Krise weiterentwickelt. Nicht ohne Einfluß ist aber auch das Verhalten der Deutschen Volkspartei, die der jetzigen Minderheitsregierung angehört und ihre Zustimmung zu dem Verhandeln des Kanzlers nach rechts und links gegeben hat, die aber auch die Initiative ergriff zur Fühlungnahme mit den Deutschnationalen. Die Überwindung des kritischen Zustandes in kurzer Zeit ist auf alle Fälle angesichts der außenpolitischen Aufgaben des Augenblicks wie auch der innerpolitischen Klärung dringend zu wünschen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verzichtet Belgien auf die 26 %?

In Brüssel hat ein Ministerrat stattgefunden, in welchem Ministerpräsident Theunis über die Ausführung des Dawes-Planes sowie über die letzten Völkerbundsverhandlungen Bericht erstattet hat. Eine Meldung berichtet, daß von der Einführung einer 26 %igen Abgabe von der deutschen Einfuhr im Ministerrat nicht gesprochen worden ist.

Vaterländische Verbände — Reichsbanner Schwarz-rot-gold.

Durch einen Teil der linksgerichteten Presse ging ein offener Brief des Bundesvorsitzenden des „Reichsbanners Schwar-rot-gold", des Oberpräsidenten Hörsing-Magdeburg, an das geschäftsführende Mitglied des Präsidiums der V. V. V., Abg. Geisler. Hörsing nennt darin den Abg. Geisler einen bewußten „Verleumder und Ehrabschneider" wegen angeblicher Äußerungen des Abg. Geisler über „Schwarz-rot-gold". Eine gerichtliche Feststellung des Charakters des „Reichsbanners" wurde im Brief gewünscht. Zu diesem Zweck hat Abg. Geisler auf Grund der gegen ihn gerichteten Beleidigungen gegen den Oberpräsidenten Hörsing Klage eingeleitet.

Kein Verbot der Nationalsozialistischen Freiheitspartei.

Ein völkisches Blatt hatte angeblich von gut unterrichteter, dem preußischen Innenministerium nahestehender Seite die Nachricht gebracht, es bestehe die Absicht, die Nationalsozialistische Freiheitspartei zu verbieten, um sie bei den Preußenwahlen im kommenden Februar auszuschalten. Wie vom amtlichen preußischen Pressedienst dazu bemerkt wird, ist im preußischen Ministerium des Innern von dieser Absicht absolut nichts bekannt.

Regelung des Dienststrafrechts für preußische Beamte.

Die Abgeordneten Dr. Schreiber und Barteld haben im Preußischen Landtag einen Gesetzentwurf zu einem Gesetz über die Verhängung von Dienststrafen gegen Beamte eingebracht. Der Gesetzentwurf will in 147 Paragraphen das gesamte Dienststrafrecht für die preußischen Beamten auf eine den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechende Grundlage bringen.

Gegen Mißbrauch der Abbauverordnung.

Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben im Preußischen Landtag einen in die Form eines Gesetzentwurfs gekleideten gemeinsamen Antrag eingebracht. Danach soll die Personalabbauverordnung dahin abgeändert werden, daß der Beschluß, durch den ein Magistratsmitglied einstweilen in den Ruhestand versetzt wird, zu seiner Rechtswirksamkeit der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedarf. Versagt diese, so entscheidet auf Antrag der Stadtverordnetenversammlung das Staatsministerium. Dieses Gesetz soll rückwirkende Kraft vom 1. September 1924 an erhalten.

Großbritannien.

× **Entspannung der innerpolitischen Lage.** In der innerpolitischen Lage ist insofern eine Entspannung eingetreten, als die liberale Partei Zusatzanträge zu dem konservativen Mißtrauensvotum eingebracht hat, die an die Stelle eines solchen gegen die Regierung die Einsetzung einer Untersuchungskommission vorsehen, die die Umstände prüfen soll, die zu der Einstellung des Strafverfahrens gegen eine kommunistische Zeitschrift geführt haben. Dadurch scheint die Gefahr eines baldigen Sturzes Macdonalds oder aber sofortiger Parlamentsneuwahlen beseitigt zu sein. — Andererseits hielt Baldwin, der Führer der Konservativen, eine Kampfrede gegen Macdonald, in der er ihn zwar zum Abschluß des Dawes-Vertrages beglückwünschte und Zufriedenheit mit der dadurch begonnenen Wiederaufrichtung des deutschen Handels äußerte, jedoch stärkste Opposition gegen die Arbeiterregierung proklamierte.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Kommissionssitzungen des 23. Weltfriedenskongresses begannen heute im Gebäude des Reichswirtschaftsrates.

Berlin. Bei der Abreise des merikanischen Präsidenten Calles war unter zahlreichen Regierungsvertretern auch der Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf dem Bahnhof erschienen.

Dortmund. Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, die Stadtverordnetenversammlung in Dortmund wegen ihrer andauernden Arbeitsunfähigkeit und gesetzwidriger Beschlüsse aufzulösen. Die Mehrheit der Versammlung besteht aus Kommunisten.

Frankfurt a. M. Stadtrat Dr. Landsmann ist zum Oberbürgermeister von Frankfurt an Stelle des bisherigen Oberbürgermeisters Voigt mit 36 gegen 27 Stimmen, die auf den bisherigen Oberbürgermeister entfielen, gewählt.

Moskau. Eine Sonderdelegation der Republik Buchara ist hier eingetroffen. Sie überbringt die offizielle Erklärung von der Umwandlung Bucharas in eine Sowjetrepublik.

Preußischer Landtag.

(340. Sitzung.) tt. Berlin, 3. Oktober.

Im Landtag wurde der Gesetzentwurf über die Vereinigung der Stadtgemeinden Lehe und Geestemünde gegen die Stimmen der Deutschnationalen in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die neue Stadt soll Wesermünde heißen. Der Gesetzentwurf betr. Übertragung der Verwaltung und Ausbeutung der Gemeinschaftsanteile an dem sogenannten Kommunion-Unterharzischen Berg-, Hütten- und Fabrikhaushalt an eine G. m. b. H. wird mit der Maßgabe angenommen, daß die Veräußerung der Geschäftsanteile der Zustimmung des Landtages bedarf.

Ministerium des Innern.

Zahlreiche Anfragen innerpolitischer Natur liegen zu diesem Haushaltstitel vor.

In der allgemeinen Besprechung wendet sich zunächst Abg. Hauschild (Soz.) gegen die Angriffe der Deutschnationalen auf die Personalpolitik des Ministers Severing. Der Ausschuß habe alle Vorwürfe geprüft, von den Beschwerden sei nichts übrig geblieben.

Abg. Lönartz (Zentr.) begrüßt den Übergang der Aufgaben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung auf das Innenministerium. Trotz der Anstrengungen der Regierung im Sinne eines Preisabbaues sehe man ein ständiges Ansteigen der Preise; der Minister des Innern sollte doch sein Augenmerk schärfer auf das Treiben der Kartelle, insbesondere auf dem Gebiete der Textilindustrie richten.

Abg. Dr. Regenborn (Deutschnat.): Ich kann mich nicht in dem vollen Umfange, wie es die Vorredner getan haben, mit der Politik des Ministers des Innern einverstanden erklären. Bei der Etatsberatung kommt für die Kritik namentlich seine Personalpolitik und sein Verhalten gegenüber den vaterländischen Verbänden in Frage. Der Redner geht auf Einzelheiten ein und erklärt sich scharf gegen die Praxis des jetzigen Innenministers.

Deutschland und der Völkerbund.

Gemeinsame Beantwortung der deutschen Denkschrift.

Der französische Ministerrat befaßte sich mit der deutschen Denkschrift über die Völkerbundsfrage. Der Ministerrat kam zu dem Beschluß, die französische Regierung sei der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund durchaus günstig gesinnt unter der Voraussetzung, daß Deutschland keine besonderen Vorrechte verlange. Da jedoch die französische Regierung wünsche, daß eine gemeinsame Antwort der Pariser, Londoner und Brüsseler Regierung erfolge, werde sich Herriot mit Ramsay Macdonald und Hymans in Verbindung setzen. Frankreich habe auch nichts dagegen einzuwenden, daß Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhält, unter der Voraussetzung, daß die Mehrheit der Völkerbundsversammlung dafür stimme. Dagegen werde es Frankreich unter keinen Umständen zulassen, daß Deutschland in seinem Antrag auf Zulassung zum Völkerbund auf die Kriegsschuldfrage zurückkomme.

Unterredung mit Dr. Marx.

Der Londoner „Daily Expreß" veröffentlicht eine Unterredung seines Vertreters mit dem deutschen Reichskanzler. Dr. Marx soll darin auf die Frage, ob Deutschland sich durch hohe Zollschranken vor jedem Import aus England abzuschließen gedenke, geantwortet haben, daß nicht der geringste Grund für eine solche Zollpolitik vorhanden sei. Im Gegenteil hätten die Statistiken der letzten Jahre bewiesen, daß in Deutschland durchaus ein starker und sich steigernder Bedarf an englischen Waren vorhanden sei. Auf die Frage nach seiner Ansicht über die gegenwärtige allgemeine Lage erklärte Dr. Marx, daß seiner Meinung nach nicht allein in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht eine neue Phase für Europa begonnen habe. Was Deutschland anbetreffe, so könne er nur versichern, daß es den Verpflichtungen, die es mit der Annahme des Dawes-Berichts übernommen habe, bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit nachkommen werde. Der Standpunkt der deutschen Regierung hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund habe gleichfalls bei der Londoner Konferenz eine grundlegende Änderung erfahren. Man könne aber unmöglich von der Masse des deutschen Volkes verlangen, daß sie zum Beispiel in Anbetracht der Entscheidung über Oberschlesien die Handlungen des Völkerbundes vor seinem Beitritt sanktioniere, während es allein die Kosten der Rechnung zu zahlen habe. Aber nun, wo das Reparationsproblem gelöst sei, müsse Deutschland in Anbetracht der wichtigen Fragen, über die der Völkerbund jetzt zu entscheiden habe, seine bisherige Haltung ändern. Es sei bereits viel über Deutschlands Denkschrift gesprochen worden. Er könne nur versichern, daß es Deutschland im Grunde genommen nur darauf ankomme, festzustellen, daß seine zukünftige Stellung im Völkerbund der jeder dort vertretenen Großmacht gleichkomme. Er hoffe, daß der Beitritt Deutschlands in nicht allzu ferner Zeit erfolgen werde.

Depositenbank A.-G. und Reichspost.

Keine Forderungen der Postverwaltung.

Berlin, 3. Oktober.

Mehrere Berliner Blätter berichteten über die Zahlungsschwierigkeiten der Depositen- und Handelsbank A.-G. zu Berlin und stellten gleichzeitig die Behauptung auf, daß die Reichspost dem genannten Unternehmen erhebliche Kredite gewährt habe, deren Rückzahlung damit auch in Frage gestellt sei. Demgegenüber wird jetzt von zuständiger Stelle das folgende amtliche Dementi verbreitet:

„Die Deutsche Reichspost steht in keinerlei Geschäftsbeziehungen zu der Depositen- und Handelsbank A.-G. in Berlin und hat auch keine Kreditforderungen an diese Gesellschaft. Sie ist daher durch den Konkursantrag gegen die Depositen- und Handelsbank A.-G. in keiner Weise berührt."

Deutsch-französischer Warenverkehr.

Das deutsche Verhandlungsprogramm.

Paris, 3. Oktober.

Bei Eröffnung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden von den beiderseitigen Führern der beauftragten Kommissionen programmatische Ansprachen gehalten.

Der französische Handelsminister Raynaldi betonte in seiner Rede, die Tatsachen zwängen dazu, in Gemeinschaft zu untersuchen, ob die Wirtschaft der beiden Länder im gleichen Grade zu normalen Produktionsverhältnissen und infolgedessen auch Konkurrenzverhältnissen zurückgekehrt ist, und zu fragen, ob man auf beiden Seiten fest entschlossen sei, einen energischen Schritt nach der Richtung der Wiederherstellung des Güteraustauschs zu tun. Sodann warf der Handelsminister die Frage auf, ob Deutschland die Absicht habe, das System der Kontingente und der Genehmigungen, das während des Krieges eingeführt und seitdem nicht völlig abgeschafft wurde, zu verewigen, oder ob es zur Handelsfreiheit zurückzukehren gedenke. Außerdem erwähnte der Handelsminister die elsaß-lothringische Sonderstellung. Die französische Regierung müsse im Sinne der Gerechtigkeit und als Bürgschaft des Friedens und der Verständigung die Frage der vorläufigen Aufrechterhaltung der Ausfuhrfreiheit elsaß-lothringischer Waren nach Deutschland aufwerfen.

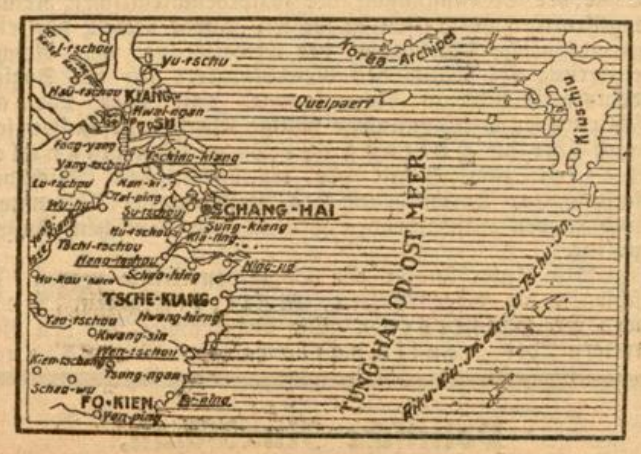
Staatssekretär Trendelenburg, der deutsche Vertreter, führte u. a. aus: Der deutsch-französische Warenverkehr, der sich vor dem Krieg auf etwa 1½ Milliarde Goldmark belief, hat sich in den Jahren der Nachkriegszeit nicht erholen können und steht im Gegensatz zu den Bedürfnissen der beiden großen Wirtschaften. Der Herr Minister hat auf die Zerstörungen hingewiesen, welche der Krieg für Frankreich zur Folge gehabt hat. Die schweren Verluste, welche Deutschland durch den Krieg und seine Folgen erlitten hat, sind anderer Art. Wir, die wir die Nöte der deutschen Wirtschaft vor Augen haben, können nicht verstehen, daß im Auslande auch heute noch die Meinung verbreitet ist, daß die deutsche Wirtschaft im ganzen gesehen ihre alte Leistungsfähigkeit auch nur annähernd behalten habe. So notwendig während des Währungszerfalls das System der Einfuhrverbote gewesen sein mag, so gern sind wir jetzt nach Stabilisierung der Währungsverhältnisse bereit, von diesem System Erleichterungen zu gewähren. Alle anderen wirtschaftlichen Maßnahmen der Übergangszeit sollen gleichfalls fallen. Im Prinzip soll das System des gemäßigten Zollschutzes, wie es bei uns in der Vorkriegszeit bestand, nicht geändert werden. In Verbindung mit dem gemäßigten Zollschutz bedürfen wir aber weiter wie in der Vorkriegszeit der unbeschränkten allgemeinen Meistbegünstigung. Wir erstreben dieses System nicht deshalb, weil Deutschland die im Dawes-Gutachten vorgesehenen Zahlungen nur durch Ausfuhr bewirken kann, wir wünschen dieses System vielmehr vor allem aus der Überzeugung heraus, daß nur auf der Basis der Meistbegünstigung die Verflechtung der nationalen Wirtschaften dergestalt wieder in einem Maße herbeigeführt werden kann, wie sie vor dem Kriege zum Nutzen aller Staaten bestanden hat.

Die kommenden Sitzungen werden streng vertraulich sein, nur von Fall zu Fall werden Mitteilungen ausgegeben.

Die Kämpfe um Schanghai.

Japan beabsichtigt einzugreifen.

Die Nachrichten über die Lage im chinesischen Bürgerkrieg sind widerspruchsvoller als je. Nach Meldungen aus Mukden haben die Truppen des aufständischen Mandschureigouverneurs Tschangtsolin die Stadt Tschingting erobert. 150 Tote und Verwundete seien die blutigen Verluste der Regierungstruppen, die außerdem 300 Gefangene, 121 Feldgeschütze, 20 Maschinengewehre und entsprechende Munition den Truppen Tschangtsolins überließen. Die Stimmung der Truppen des Feldherrn der Zentralregierung, Wupeifu, soll dieser Meldung zufolge sehr schlecht sein. Die Truppen verlangen einen Extrasold, ohne den sie nicht weiterkämpfen wollen. Dagegen scheint Japan von der Zuverlässigkeit der Truppen Tschangtsolins nicht vollständig überzeugt zu sein, denn das japanische Auswärtige Amt soll Tschangtsolin mitgeteilt haben, daß ihm die mandschurische Eisenbahn nur im Falle eines Sieges zum Rücktransport seiner Truppen zur Verfügung stehe. Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß die Kämpfe in China, wie es den chinesischen Gepflogenheiten entspricht, allmählich auf den Verhandlungsweg kommen und daß Eroberungsvorstöße und Rückzüge mehr das Ergebnis von Besprechungen als von Kampfhandlungen sind. Japan soll übrigens entschlossen sein, falls Tschangtsolin geschlagen würde und dadurch Unruhen in der Mandschurei entständen, einzugreifen. Der japanische Minister des Äußern soll gesagt haben, Japans Interessen verlangten ein solches Eingreifen.



Rückkehr Castiglionis nach Wien.

Wien, 3. Oktober.

In der Angelegenheit Castiglioni ist eine neue Wendung eingetreten. Castiglioni ist heute morgen in Wien eingetroffen. Er erklärte, er werde der Vorladung des Untersuchungsrichters sofort Folge leisten. Die Forderung aus dem Spiritusgeschäft gegen ihn sei höchstens moralischer Natur; im übrigen überstiegen die Aktiven seines Hauses die Passiven um ein Vielfaches. Wie verlautet, wird ein Schiedsgericht über die Frage entscheiden, ob Castiglioni der Depositenbank etwas schuldig ist und wie hoch diese Forderungen sind. Danach würde eine strafrechtliche Verfolgung Castiglionis nicht mehr in Frage kommen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 6. Oktober 1924

☐ **Zur Wetterlage.** Als sich in den letzten Septembertagen ein ziemlich kräftiges Hochdruckgebiet über Europa ausbreitete, schien es so, als ob das veränderliche Wetter von einem schönen Nachsommer abgelöst werden sollte. Bei ruhiger Luftbewegung war es morgens vielfach neblig; in den Mittagsstunden stiegen dann die Temperaturen, die morgens zwischen 8 und 10 Grad Celsius lagen, durchschnittlich bis auf 17 Grad. Die Tagesdurchschnittstemperaturen lagen zumeist mit rund 13 Grad in unmittelbarer Nähe der Normalwerte. Dann aber gewann ein zunächst wenig beachteter Tiefdruckwirbel, der von Südfrankreich nach Südwestdeutschland vorgedrungen war, einen unerwartet starken Einfluß. Da zahlreiche weitere Unebenheiten in der Luftdruckverteilung vorhanden sind, erscheint die Hoffnung auf Eintritt beständigen schönen Wetters verfrüht. Günstiger liegen die Verhältnisse nur für Pommern und Ostpreußen, die zunächst noch unter dem Einfluß des nach Nordrußland abgewanderten Hochdruckgebiets bleiben dürften.

☐ **Wieder Brieftelegramme.** Das Brieftelegramm, das es möglich machte, während der Nachtstunden größere Mitteilungen telegraphisch zu senden, die am Morgen mit der ersten Bestellung als Brief ausgetragen wurden, wird nach zehnjähriger Pause jetzt wieder eingeführt. Ab 20. Oktober wird das Brieftelegramm allerdings vorläufig nur im innerdeutschen Verkehr zugelassen sein. Es wird hinsichtlich der Auflieferung keiner örtlichen oder zeitlichen Beschränkung mehr unterliegen. Die Gebühr wird zwei Drittel des Satzes für gewöhnliche Ferntelegramme betragen, mindestens aber soviel, wie für acht Wörter eines gewöhnlichen Ferntelegramms entrichtet werden.

Einkommen- und Umsatzsteuer-Kassabuch!

Wichtig für alle Kleingewerbetreibenden, Handwerker und Landwirte.

Von den Steuerinspektoren Guse und Schröder in Dortmund, welche auch das kürzlich erschienene mit großem Beifall aufgenommene Kontobuch für Umsatz-, Einkommen- und Lohnsteuer herausgegeben haben, wurde ein durchaus zweckmäßiges und für die Ermittelung des steuerpflichtigen **Einkommens** und des **Umsatzes** eingerichtetes **Kassabuch** ausgearbeitet, das für jeden Kleingewerbetreibenden, Handwerker und Landwirt, der sich vor Überschätzungen des Einkommens schützen will, unentbehrlich ist.

Im Vorwort ist auf die Zweckbestimmung des Kassabuches näher hingewiesen, es sind reichliche Musterbeispiele für die Führung des Kassabuches, zwei leicht verständliche Musterbeispiele für die Eröffnungs- und die Schlußbilanz, sowie eine erläuternde Musterberechnung des steuerpflichtigen Gewinns auf Grund dieser Kassabuchführung beigegeben. Außerdem werden Voranmeldungsformulare für die Einkommen- und die Umsatzsteuer für das 1. Jahr mitgeliefert. Von Wichtigkeit ist nach den Beispielen der Bilanzen die Berechnung des steuerpflichtigen Gewinns. Die üblichen Rückfragen (Beanstandungen) der Steuerbehörde lassen sich bei dieser Art der Kassabuchführung sofort und ohne große Mühe erledigen.

Das gemäß den gesetzlichen Vorschriften für den Nachweis des Steuerpflichtigen Einkommens und des Zusatzes ausgearbeitete Buch kann aufs wärmste empfohlen werden. Wenn die Steuerbehörde eine derartige Kassabuchführung vorfindet, werden die unangenehmen Bemängelungen (Beanstandungen) bei Revisionen des Umsatzes und unliebsame Reklamationen wegen Ueberschätzung auf jeden Fall aufhören. Dem vielseitigen Wunsche nach einer ganz einfachen und übersichtlichen Kassabuchführung, welche den Erfordernissen der Einkommen- und Umsatzbesteuerung voll entspricht, ist hiermit in bester Weise Rechnung getragen worden. Das fachmännisch und steuertechnisch mustergültig bearbeitete Buch, das in verschiedenen Stärken vorrätig ist, kann durch die Buchhdl. **Wilh. Bell jr.**, Halver bezogen werden.

Aus eigener Kraft.

Roman von H. Abt.

50) (Nachdruck verboten.)

„Army!" schrie die Generalin auf. „Das sagst du mir! Das kann eine Tochter ihrer Mutter sagen!"

Mit starrem Blick, die erhobenen Hände hinterm Haupt verschränkt, stand Armgard von Röhritz da.

„Nicht mal das weiß ich mehr, Mama, ob ich, so wie ich mir's bisher eingebildet, auch wirklich deine Tochter bin."

*

Schon mehrfach und immer lauter hatte der Bursche an die Tür gepocht, bevor von drinnen ein Hereinruf kam und er nun mit der Meldung eintrat: „Herr Leutnant, ein Mann — wollte sagen ein Herr ist draußen — er käme von Exzellenz Frau Mutter."

In der hintersten Ecke des Zimmers, wohin das Licht der kleingestellten Gasflamme nicht mehr drang, erhob sich der junge Offizier von der Chaiselongue, darauf er, das Gesicht in die Hände vergraben, gesessen, und ein Murmeln kam von seinen Lippen: „Arme Mama."

Der Bursche, der an der Tür stramm gestanden, bewegte sich unruhig von einem Fuß auf den andern, und plötzlich der dienstlichen Haltung vergessend, trat er seinem Herrn zutraulich näher, — „Herr Leutnant, draußen der Mann hat so was an sich — ich glaub' der Herr Leutnant können wieder guten Muts sein."

Egon von Röhritz versuchte eine abweisende Haltung. „Was soll das heißen, Bartels!"

Aber der Bursche schüttelte mit einem traurigen Lächeln den Kopf: „Gott, Herr Leutnant, wo ich nun doch schon über'n Jahr beim Herrn Leutnant bin, da seh' ich doch wohl, daß seit ein paar Tagen was nicht stimmt — aber schon gar nicht mehr! — Ja, die verfluchten Moneten! Aber der draußen bringt's wieder ins Lot. Das wußt' ich auf den ersten Blick."

„So wohlhabend sieht er aus?" versuchte der Leutnant zu scherzen.

„Na und ob. Dunnerlüttchen! Wenn das, was an dem Spazierknüppel funkelt, echtes Gold ist — und ich will selber ein gehörnter Ochse sein, wenn's nicht echt wäre. — dann alle Achtung!"

Unwillkürlich lauschte der Leutnant auf. In des Burschen Worten war etwas, das an sein Erinnern rührte — irgend eine Lächerlichkeit mußte damit verknüpft sein — da — jetzt hatte er's, und blitzschnell trat die Szene wieder vor ihn hin — bei Mama war's gewesen — Kuno Wartjenstedt war auch dabei — und Army hatte von einer Bekanntschaft erzählt, die sie gemacht und über deren Schilderung sie vor Lachen fast gestorben waren. „Der goldene Ochse" — jawohl, so hatte sie, vom Stock auf den Besitzer übergreifend, diesen genannt. Und die Mama hatte etwas von einer Million gesagt — es konnten auch mehrere gewesen sein, und trotz des Lachens war in ihrer Stimme ein hochachtungsvoller Klang gewesen. — Die gute Mama! — Und war's nun wirklich jener, den sie ihm schickte, — gäb's doch vielleicht noch eine Rettung? —

Er starrte zur Tür hinüber, durch die — vielleicht doch noch einmal das Leben zu ihm eintreten sollte. —

Und plötzlich die hochgereckte Gestalt aufraffend, gebot er in schneidigem Kommandoton: „Lassen Sie den Herrn näher treten, Bartels."

Wieder in voller Dienstlichkeit, riß der Bursche die Hacken zusammen und beeilte sich, dem Befehl nachzukommen.

Der Leutnant hatte die Gasflamme ein wenig höher geschraubt, gerad' nur um die Dämmerung im Zimmer in matte Helligkeit zu wandeln. Ungedämpftes Licht war etwas, was er in diesen Tagen meinte, nicht ertragen zu können.

Nun tat die Stubentür sich auf und schloß sich wieder. Jobst Müllenhof war eingetreten und kam bis zur Zimmermitte vor, wo der junge Offizier stand. Die gegenseitige Begrüßung war eine stumme, bis Egon von Röhritz unter dem Schweigen, mit einer unwillkürlich brüskenden Bewegung zurücktretend, das Wort ergriff: „Verstand ich recht, so kommen Sie von meiner Mutter."

„Ja."

Nur das eine Wort, dann hatte Jobst Müllenhof zur Gaskrone hinaufgelangt, und das Glühlicht erstrahlte in vollem, glänzendem Glanze.

„Ich hab's gern hell um mich. Aus dem Grunde möcht' ich Sie auch zunächst über das aufklären, was meinem Besuch bei Ihrer Frau Mutter voranging."

Ein Zucken lief über des Leutnants Gesicht. Der Dünkel sprang ihm noch einmal mit voller Macht in den Nacken. Sollte er sich von dem Protzen da sein Sündenregister aufzählen lassen?

„Ich glaube vollkommen im Bilde zu sein," wehrte er kurz ab.

„Ich möchte doch bezweifeln, ob Sie um den Brief wissen, den Ihre Mutter heute nachmittag an meinen Neffen schrieb," lautete die ruhige Entgegnung.

„An — Ihren Neffen?" — Es klang stockend, fast wie ein heimliches Erschrecken über etwas, das er noch nicht begriff.

Jobst Müllenhof nickte. „An meinen Neffen, Rudolf Müllenhof, jawohl. Er ist Besitzer einer Färberei und Waschanstalt und hatte mit Ihrer Frau Mutter und Fräulein Schwester vorgestern einen, wie ich annehmen darf, sehr gemütlichen Abend verlebt."

„Vorgestern — einen sehr gemütlichen Abend mit meiner Mutter und — Schwester". — Es klang fast drohend. — „Was wollen Sie damit andeuten?"

„So ungefähr dasselbe, was Sie aus meinen Worten folgern, Herr von Röhritz."

Daß er ihm nicht den Leutnantstitel gab, obgleich er doch den Leutnantsrock trug — noch ihn trug! — das brachte den Erregten vollends außer sich. Was wollte dieser Mann, und woher leitete er sich das Recht ab, so vor ihm zu stehen, so zu ihm zu sprechen?

„Ich muß bitten, daß Sie mir nicht länger Rätsel aufgeben. Was wollen Sie in bezug auf Ihren Neffen sagen?" stieß er schroff hervor.

„Daß er bei Empfang des Briefes, worin sich Ihre Frau Mutter wegen dringend benötigter zwölftausend Mark an ihn wandte, im Begriff stand, um Ihre Schwester anzuhalten," antwortete Jobst Müllenhof mit der gleichen Ruhe wie zuvor.

„Um meine Schwester!"

Ein Ruf der Empörung, der plötzlich eisiger Kälte wich, und als lägen die Beweggründe dieses seltsamen Besuches auf einmal in völliger Klarheit vor ihm, nickte der Offizier mit verächtlichem Lächeln, — „Jetzt versteh' ich — und um der Antwort willen, die sich Ihr Neffe von meiner Schwester geholt, sind Sie nun an Ihres Neffen Stelle hier, um ihm zu der erwünschten — Genugtuung zu verhelfen."

Kleine Nachrichten.

Ernteausfall höchstens 20 %.

Berlin, 3. Oktober. Ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums erklärte im Hinblick auf übertriebene Zeitungsmeldungen über den Ausfall der diesjährigen Ernte, daß sich der Ausfall gegenüber dem Vorjahre auf höchstens 20 % stellen werde. Die Wiedereinführung der Brotkarte sei seitens der zuständigen Stellen noch niemals in Erwägung gezogen worden. Den Ausfall der bisherigen Ernte zahlenmäßig zu belegen, sei heute noch unmöglich, weil der Ausdrusch kaum begonnen habe. Einen erheblichen Anteil an dem bisherigen Minderertrag hätten insbesondere Westfalen und Süddeutschland, während die östlichen Gegenden, Deutschlands Kornkammern, eine günstige Roggenernte aufzuweisen hätten. Das Reichsernährungsministerium habe dem Mindestertrag dadurch bereits Rechnung getragen, daß rechtzeitige Auslandskäufe getätigt wurden, die in den nächsten Wochen hereinkommen würden.

Protest gegen die französische 26prozentige Abgabe.

Berlin, 3. Oktober. Die Erhebung der 26prozentigen Reparationsabgabe durch Frankreich hat auch in Kreisen, die dem Transfer-Agenten nahestehen, lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Man weist darauf hin, daß durch die Erhebung dieser Abgabe die Durchführung des Dawes-Planes im höchsten Maße gefährdet erscheint. Der Transfer-Agent hat bereits Schritte unternommen, um die französische Regierung zu einer anderweitigen Regelung zu veranlassen.

Noch kein Terminhandel in Metall.

Berlin, 3. Oktober. Da in den letzten Tagen widersprechende Meldungen über die Wiederaufnahme des Terminverkehrs an der Berliner Metallbörse durch die Zeitungen gegangen sind, teilt der Vorstand des Vereins der Interessenten der Metallbörse in Berlin E. V. mit, daß die von ihm eingesetzte Kommission zur Festsetzung der Bedingungen der Schlußscheine ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen hat. Die Vorbereitungen für die Eröffnung des Metallterminhandels werden nach Möglichkeit beschleunigt.

Kongresse und Versammlungen.

k. **Tagung der Bodenreformer.** In Lüneburg begann der 29. deutsche Bodenreform-Tag unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches. Die Hauptgegenstände der Beratung sind: Arbeitswissenschaft, Beamtenabbau, Ödlandkultivierung und die Agrarprobleme, Schutzzoll und Freihandel.

k. **Tagung des Vereins für Versicherungswissenschaft.** Der Deutsche Verein für Versicherungswissenschaft, der in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann, veranstaltete aus diesem Grunde in der Aula der Handelshochschule Berlin eine Jubiläumstagung, zu der außer einer großen Anzahl namhafter Mitglieder des Vereins die Leiter zahlreicher führender Konzerne und Gesellschaften erschienen waren. Außerdem waren bedeutende Vertreter des Versicherungswesens aus dem Auslande und der deutschen Behörden und Wissenschaft anwesend. Auf der Tagung ergriff auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm das Wort, um die Bedeutung der Versicherung und damit des Deutschen Vereins zu unterstreichen.

Welt und Wissen.

w. **Das neue deutsche Gold.** Seit längerer Zeit sind, wie man weiß, Erwägungen im Gange, um eine Rückkehr zu deutscher Goldwährung zu ermöglichen. Ohne daß diese schon abgeschlossen wären, sind aber auch schon Vorbereitungen für die Formgebung eines etwaigen deutschen Goldgeldes getroffen worden. Eine Reihe von hervorragenden Künstlern, die in Münz- und Medaillenfragen besondere Leistungen aufzuweisen haben, wurden zur Ausarbeitung von Entwürfen aufgefordert.

w. **Eine Betonbogenbrücke von 205 Meter Spannweite.** Nachdem in Frankreich kürzlich die größte Spannweite einer Betonbogenbrücke mit 182 Meter ausgeführt worden ist, wird dort eine noch weiter gespannte Eisenbetonbogenbrücke geplant, deren Ausführung allerdings erst in drei Jahren erfolgen soll. Die Brücke soll in drei Bogen von 187 Meter, 194 Meter und 205 Meter von Mitte zu Mitte der Pfeiler mit Zufahrtbrücken von 129 Meter Länge auf jeder Seite die Seemündung des Flusses Elorn in der Bretagne überschreiten und Brest mit Plougastel verbinden. Für die Schiffahrt ist eine freie Öffnung von 70 Meter Weite und 36 Meter Höhe vom Wasserspiegel bis zur Oberkante des Bogens der Hauptöffnung vorgesehen. Die Brücke erhält zwei Brückenbahnen übereinander, eine obere von 8 Meter Breite einschl. Fußwegen für Straßenverkehr und eine untere von 5,25 Meter Breite als Eisenbahnweg auf Schotterbettung.

w. **Gründung einer Gesellschaft der Materialisten.** In Saratow ist von Mitgliedern der örtlichen Gruppe der Kommunistenpartei eine „Gesellschaft der Materialisten" gegründet worden. Als Hauptaufgabe der Gesellschaft gilt „der Kampf gegen eine idealistische Anschauungsweise auf allen Gebieten des Lebens, der Wissenschaft und der Kunst". Nach Meldungen der Sowjetpresse soll die Gesellschaft ihre Arbeit bereits begonnen haben.

Arbeiter und Angestellte.

Duisburg. (Lohnforderung der Transportarbeiter.) Der deutsche Verkehrsbund hat die Lohntarife für alle Gruppen des Transportgewerbes, darunter auch für die Hafenarbeiter der Duisburg-Ruhrorter Häfen und für die Straßenbahner gekündigt. Es wird eine 20 bis 30prozentige Lohnerhöhung wegen der augenblicklichen Teuerung gefordert.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Verurteilung wegen Aufforderung zum Steuerstreik.** Der Elberfelder Stadtverordnete Schön, der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins, hatte eine Liste ausgelegt, in die sich alle Vereinsmitglieder eintragen und sich angesichts der hohen Steuern verpflichten sollten, keine Steuern mehr zu bezahlen. Die Strafkammer erblickte in dem Vorgehen des Stadtverordneten Aufforderung zum Steuerstreik und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis und einhundert Mark Geldstrafe. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde verworfen.

Börse und Handel.

* **Berliner Börsenbericht vom 3. Oktober.** Infolge mangelnder Anregung und der im Gange befindlichen Verhandlungen zur Umbildung bzw. Erweiterung der Regierung zeigte die Spekulation heute große Zurückhaltung. Das Geschäft hielt sich auf allen Märkten wieder in sehr engen Grenzen. Am heimischen Rentenmarkt fanden anfangs noch Glattstellungen mit dem Ergebnis eines mäßigen Rückganges statt, der indes später für alle Vorkriegsanleihen usw. ziemlich wieder ausgeglichen werden konnte. Die Grundstimmung ist als widerstandsfähig und fest zu bezeichnen. Die Geldverhältnisse bleiben leicht.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 3. Oktober** notiert amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 18,69—18,78; holl. Gulden 162,19—163,01; Danz. 74,61—74,99; franz. Frank 20,06—20,18; belg. 20,15—20,25; schweiz. 80,20—80,60; Italien 18,37—18,47.

* **Amtliche Heu- und Strohnotierungen** (Erzeugerpreise) pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh (Quadratballen) 1,00—1,20, desgl. Haferstroh 0,90—1,00, desgl. Gerstenstroh 0,90—1,00, Roggenlangstroh und bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh je nach Frachtlage, Häcksel 1,40—1,60, handelsübliches Heu 2,20—2,40, gutes Heu 3,20—3,40, Kleeheu, lose, 4,00—4,50.

* **Berliner Kartoffelnotierungen** (amtlich) pro 50 Kilogramm Erzeugerpreise ab märkischen Vollbahnstationen: Speisekartoffeln, weiße und rote 1,90, gelbfleischige 2,75, Odenwälder blaue 2,25.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

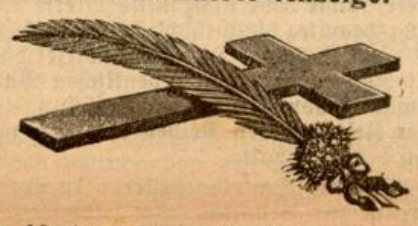
Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	3. 10.	2. 10.
Weiz., märk.	242-250	237-245
mitteld.	—	—
Rogg., märk.	246-252	236-244
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Futtergerste	206-219	204-216
Braugerste	229-255	227-252
Hafer, märk.	189-197	187-195
pommerscher	178-185	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.)	35-37,7	34-36,5
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Berl. brutto inkl. Sack	35-37,7	33-36,5

	3. 10.	2. 10.
Weizkl. f. Brl.	14,7	14,75
Rogkl. f. Brl.	13,2	13
Raps	360	360
Leinsaat	440-450	440-450
Viktor.-Erbs.	33-38	32-36
kl. Speiseerbs.	22-26	22-26
Futtererbsen	19-20	19-20
Peluschken	17-19	17-19
Ackerbohnen	20-22	20-22
Wicken	17-18	17-18
Lupin., blaue	14-15	14-15
Lupin., gelbe	16-19	16-19
Seradella	15-17	15-17
Rapskuchen	15,4	15
Leinkuchen	25,5-26	25-25,5
Trockenschnzl.	12,8-13	12,8-13
vw. Zuckschn.	—	—
Torfml. 30/70	9,2-9,4	9-9,2
Kartoffelfl.	19	18,5

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Heute Nacht 1 Uhr entschlief infolge Schlaganfalles mein lieber, unvergesslicher Mann, unser guter, treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel

August Berker

im Alter von 50 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

die trauernden Hinterbliebenen.

Halver, den 4. Oktober 1924.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 7. Oktober nachmittags 4 Uhr vom Sterbehause, Elberfelderstraße aus statt.

Von Beileidsbesuchen wolle man bitte Abstand nehmen.

Neu eingetroffen:

Große Sendungen

Gummi- u. Bozener-Mäntel, Schlüpfer,

Ulster für Herren, Burschen u. Knaben.

Marengo-Paletots ein- und zweireihig.

Lodenjoppen u. Anzüge

Schlafdecken

in Jaosc., weiss und farbig in erstklassigen Qualitäten.

Bieberbettücher in bunt und weiss und vielen Preislagen.

Bieber-Normal- und Einsatz-Hemden, Unterhosen in Wolle und Baumwolle.

Ausserdem empfehle:

Herren-, Burschen- und Knaben-Schul-Anzüge,

tägliche-, bessere- und **Breeches-Hosen, Knaben-Leibchen** und **Kniehosen,** einzelne **Westen,** sowie sämtliche **Baumwollwaren.**

Ich bleibe meinem Prinzip treu: Gute Waren zu billigen Preisen.

Gustav Eichholz,
Schalksmühle.

Persil

ist billig im Gebrauch, drum sei gescheit und nimm es auch.

Nicht Seife

brauchst Du außerdem; Persil allein wäscht wunderschön!

Zur Roggendüngung

empfehle und halte auf Lager vorrätig:

Amm.-Sup. 5×10 %,
Knochenmehl 4×20 %
Thomasmehl 14 %
(zitronensäurelöslich)
Kali 40,6 %
Kainit 12,8 %

Carl Zimmermann,
Ohl-Rönsahl.

Taschenlampen -Batterien -Birnen

Feuerzeuge

empfiehlt

F. H. Bohmer.
Schalksmühle.

Schlamm- u. Jauche-Pumpen

haben unter günstigen Preisen ab Lager abzugeben

Gebr. Turck, Halver
Berlinerstr. 20 Telefon 85
Evtl. stellen wir Pumpen als Probe z. Verfügung.

Zur Beachtung

Von Samstag, den 4. 10. 1924 bis Samstag, d. 11. 10. 24. gebe auf sämtliche Artikel

10% Rabatt.

Fr. Kattwinkel,
Hut- u. Mützenlager
Halver.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am **5. Dezember 1924** Vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle Zimmer 69 versteigert werden das im Grundbuche von Halver, Band 27 Blatt Nr. 498 eingetragener Eigentümer am 18. Sept. 1924, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks:

Der Feilenfabrikant **Ernst Bürger der Jüngere in Halver** eingetragene Grundstück Gemarkung Halver Kartenblatt 31 Parzelle Nr. 81 3,59 a groß, Reinertrag 0,35 Tlr. Grundsteuermutterrolle Art. 1760 und ferner die im Grundbuche von Halver Band 19 Blatt Nr. 96 für den Feilenfabrikanten **Ernst Bürger jr.** in **Halver** eingetragene ungeteilte Hälfte des Grundstückes Gemarkung Halver Kartenblatt 31 Parzelle Nr. 506/102 mit dem Wohnhause Halver, Kölnerstraße 39 15,24 a groß Nutzungswert 660 Mk, Grundsteuermutterrolle Art 1383, Gebäudesteuerolle Nr. 964.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, **spätestens** im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Lüdenscheid, den 1. Okt. 1924.

Das Amtsgericht.

Landwehr-Verein Halver.

Zur Teilnahme an der Beerdigung des verstorbenen Kameraden

Aug. Berker
Linken

wollen die Mitglieder am Dienstag, den 7. Oktob., nachmittags 3½ Uhr, recht zahlreich am Vereinslokal antreten.

Der Verstand.

Rauch- u. Kau-Tabak

Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Intell. Mann find. bei 120 ℳ Monatsgehalt am hiesig. Platze feste Anst. Ang. an J. Börgartz, Lüdenscheid Schreibg. beif.

Preiswertes Angebot
neuer Damenkonfektion.

Mäntel	in einfarb. u. kariert. Flauschstoffen teils mit Stolakragen 29.- 18.-	13.-
Mäntel	in Velour de laine u. Tuch teils mit Pelzbesatz 42.- 37.-	29.—
Mäntel	in Tuch, Astrachan u. Samt elegante Ausführung 98.- 55.-	45.—
Jacken-Kleider	in Garbardine, Kammgarn u. Cheviot mit Tressengarnitur 73.- 58.-	27.—
Garnierte Kleider	in reinw. Cheviot u. Popelin 28.- 19.-	12.—
Garnierte Kleider	in Sammt, Gabardine u. Seid Tricot 52.- 33.-	19.—

Kindermäntel von 5.— an,
Strickwesten von 11.— an,
Seidenjumper von 8.— an.
L. Stern, Meinerzhagen.

Klavier- und Theorie-Unterricht
bis zur höchsten Ausbildung erteilt
Paul Schürmann
Diplom Musiklehrer, Pianist
Meinerzhagen, — Fernsprecher 149.
Konservatorien gleichgestellte Unterrichtsberechtigung.
Honorar bedeutend niedriger
pro Quartal 24 Mark
„ „ 36 „ außerh. Meinerzhagen
für Oberklassenschüler 50% höher.

Chronik von Halver
von Pfarrer D. Dresbach, Halver
direkt vom Verfasser zu beziehen.

Inserieren bringt Gewinn!